

Niederschrift

über die 31. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 29.01.2014
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Besichtigung des Blockheizkraftwerkes an der Turnhalle neben dem Kindergarten Tabaluga, Stettiner Straße in Meerbusch-Lank	5
2 Sanierungsstand Kirchturm Büderich - Vortrag von Herrn Dr. Strauß vom Büro "Historische Bauwerke" -	5
2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.01.2014 zum Standortsuchverfahren Konverter	6
3 Aufhebung der Satzung zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a LWG NRW Vorlage: FB5/700/2013	7
4 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke im Stadtgebiet Meerbusch (Entwässerungssatzung) vom 30. November 2006 Vorlage: FB5/701/2013	7
5 Grundsanieung der Straße "Ossumer Straße" in Meerbusch-Lank Vorlage: FB5/702/2013	7
6 Grundsanieung der Straße "Osterather Straße" in Meerbusch-Strümp Vorlage: FB5/704/2013	8
7 Ausbau der Straße "Am Oberbach/Rheindamm" in Meerbusch-Langst-Kierst Vorlage: FB5/705/2013	9
8 Zustimmung zu einer Teilkündigung von Straßenflächen im Bereich Hauptstraße 11-15 Vorlage: DezIII/726/2014	10
9 Einführung einer Baumschutzsatzung Vorlage: DezIII/727/2014	10
10 Lärmaktionsplanung Vorlage: FB1/720/2014	12
11 Realschule; Einbau eines Blockheizkraftwerkes Vorlage: SIM/713/2014	13
12 Anträge	14

12.1	Antrag des Rats Herrn Müller (Zentrum) vom 17.12.2013 auf Überprüfung der Verwertung von Altkleidern und Erarbeitung eines Konzeptes	14
12.2	Antrag der FDP-Fraktion vom 06.01.2014 zur Elektromobilität in Meerbusch	14
13	Anfragen	15
13.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2014 zum Parkplatz am Modellflugplatz	15
13.2	Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.01.2014 zum Artikel in der RP vom 23.01.2014, "Fehlende Zuschüsse: K 9 n vor dem Aus"	16
14	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	16
14.1	Bürgeranregung gem. § 24 GO; Anwohnerschutz vor Lärm- und Abgasbelastung K 9 (Bergfeld)	16
14.2	LKW-Kontrollen auf der Uerdinger Straße in Meerbusch-Lank-Latum	17
14.3	Verlängerung der Böhlerstraße in Meerbusch-Büderich	17
15	Termin der nächsten Sitzung: 09. April 2014	17
16	Verschiedenes	18
16.1	Schwerlastverkehr auf der Rottfeldstraße in Meerbusch-Strümp	18
16.2	Photovoltaikanlage der Brüder Grimm-Grundschule in Meerbusch-Büderich	18
16.3	Verkehrliche Situation auf der Lötterfelder Straße in Meerbusch-Büderich	18
16.4	Falsches Verkehrszeichen auf der Badendonker Straße zwischen Büderich und Kaarst	18

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn M.A. Mike Kunze ab 20.40 Uhr, TOP 9

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied Vertretung für Herrn Andreas Hoppe

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger

Herr M.A. Mike Kunze Ratsmitglied anwesend bis 20.40 Uhr, TOP 9

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Dr. Felix Nieberding Sachkundiger Bürger

Herr Franz-Josef Radmacher Ratsmitglied Vertretung für Herrn Leo Jürgens

von der FDP-Fraktion

Herr Dr. Klaus Brennecke Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christian Welsch

Herr Jörg Schleifer Ratsmitglied Vertretung für Frau Katja Giesen

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Sachkundiger Bürger

Herr Rainer Grund Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Herrn Guido Fliege

Herr Joachim Quaß Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Christof Behlen

von der UWG-Fraktion

Herr Andreas Brauer Sachkundiger Bürger anwesend bis 20.45 Uhr einschließlich TOP 9

Herr Heinrich Weyen Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Andreas Brauer ab 20.45 Uhr ab TOP 10

Stellv. beratendes Mitglied

Herr Christoph Hauke beratendes Mitglied Zentrum Vertretung für Herrn Carl Shroeter

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard Technischer Beigeordneter

Herr Christof Baldus Fachbereich 5

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Fachbereich 1

Herr Detlev Horn Fachbereich 1

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Frau Laura Krewing
 Herr Michael Reschke
 Herr Marcus Töpp
 Herr Wolfgang Trapp
 Herr Matthias Unzeitig

Fachbereich 5
 SB 11
 Servicebereich 11
 Bereichsleiter Fachbereich 5
 Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Gabriele Parschau

Fachbereich 5

Gäste

Herr Dr. Stephan Strauß

Büro Historische Bauwerke zu TOP 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Hoppe
 Herr Leo Jürgens

Ratsmitglied
 Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Giesen
 Herr Christian Welsch

Ratsmitglied
 Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen
 Herr Guido Fliege

Sachkundiger Bürger
 Ratsmitglied

Beratendes Mitglied

Herr Carl Shroeter

beratendes Mitglied

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gabernig, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er verweist auf die Tischvorlagen bzw. die Anträge und die Anfrage der Fraktionen und schlägt entsprechend vor, die Tagesordnung wie folgt zu ändern bzw. zu ergänzen:

neuer TOP 2.1: Antrag der FDP-Fraktion vom 20.01.2014

zum Standortsuchverfahren Konverter;

neben dem Antrag liegt auch der Kriterienkatalog von Amprion –Stand 13.11.2013- vor.

zu TOP 9: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2014

zur Beschlussvorlage „Einführung einer Baumschutzsatzung“

neuer TOP 13.1: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2014

zum Parkplatz am Modellflugplatz

neuer TOP 13.2: Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.01.2014

zum Artikel in der RP vom 23.01.2014, „Fehlende Zuschüsse: K9n vor dem Aus“

Der Bau- und Umweltausschuss ist mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einvernehmlich einverstanden.

Öffentliche Sitzung

1 **Besichtigung des Blockheizkraftwerkes an der Turnhalle neben dem Kindergarten Tabaluga, Stettiner Straße in Meerbusch-Lank**

Die Ausschussmitglieder besichtigen unter Führung von Herrn Klein das Blockheizkraftwerk an der Turnhalle neben dem Kindergarten Tabaluga, Stettiner Straße in Meerbusch-Lank von 17.00 Uhr bis ca. 17.15 Uhr.

2 **Sanierungsstand Kirchturm Büderich - Vortrag von Herrn Dr. Strauß vom Büro "Historische Bauwerke" -**

Herr Dr. Strauß präsentiert im Detail die vorhandenen Schäden und insbesondere die erforderliche Instandsetzung des Kirchturmdaches. Hinsichtlich der Verankerung der Mauerkrone sei ein Nachtrag notwendig geworden. Er führt die Handlungsoptionen auch hinsichtlich des Ehrenmales von Joseph Beuys im Jahre 2014 auf.

Auf Nachfragen teilen er und Herr Klein mit, dass der Kostenrahmen dieser Maßnahmen noch innerhalb des Budgets liege. Herr Dr. Strauß erläutert weiterhin die geplante Schließung der Einflugschneisen für Vögel, um zukünftige Verunreinigungen im Turminneren zu vermeiden. Nur die Turmfalken sollen weiterhin (außen) brüten können. Für die vorhandenen Verschmutzungen haben die Restauratoren Tauben in Verdacht.

Ratsherr Peters regt an, die Denkmalaspekte und Bedürfnisse der Tiere, z. B. der Fledermäuse möglichst zu verbinden. Laut Herrn Dr. Strauß ist dies schwierig; jedoch ist die Konzeption noch offen und soll insgesamt auch mit den Erben abgestimmt werden.

Die von Ratsfrau Homuth-Kenkliès angesprochene Graffitiverschmutzung an der Rückseite des Turmes sei nach Abwägung nicht entfernt worden, da die Entfernung vom weichen Tuffstein unweigerlich auch mit einem Substanzverlust am Steinmaterial verbunden wäre.

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.01.2014 zum Standortsuchverfahren Konverter

Herr Bechert erläutert den Kriterienkatalog zum Standortsuchverfahren und verweist darüber hinaus auf den Bericht des Bürgermeisters in der Ratssitzung am 19.12.2013 unter TOP 19.3.

Am 04.12.2013 hatte Amprion betroffene Städte und Kreise zu einer Meinungsabfrage im Rahmen eines Workshops eingeladen, bei der sich Vertreter der Stadt Meerbusch beteiligt hatten. Der Ansatz von Amprion habe sich positiv dahingehend geändert, dass sich der Bereich für den möglichen Standort vergrößert habe. Von Amprion wurden verschiedene Kriterien für die Standortsuche, Ausschlusskriterien und Abwägungskriterien vorgestellt, über die die Gemeinden abgestimmt haben. Als wichtiger Punkt aus Sicht der Stadt Meerbusch wurde z. B. neu berücksichtigt: „Im Umfeld leben möglichst wenige Menschen“. Dies wurde mit 23 von 36 Stimmen bejaht.

Amprion wird nun Standorte suchen, bewerten und vergleichen. Die Ergebnisse werden spätestens im 2. Quartal 2014 an die Kommunen weitergegeben.

Aufgrund von Fragen betont Herr Bechert, dass zurzeit kein förmliches Verfahren vorliegt. Falls zu dem weiteren Handeln oder den Entscheidungen von Amprion Kritik von der Stadt Meerbusch zu äußern ist, sollte dies sinnvollerweise erst bei einem förmlichen Verfahrensstand angebracht werden bzw. wenn Rechtsmittel möglich sind. Das Treffen am 04.12.2013 hatte informellen Charakter. Die Stadt Meerbusch sollte jetzt die Ergebnisse von Amprion bzw. die Gewichtung abwarten und dann weiter reagieren.

Der Bau- und Umweltausschuss wird zu gegebener Zeit weiter unterrichtet.

Ratsherr Schleifer stellt fest, dass der Antrag der FDP-Fraktion vom 20.01.2014 dem Wunsch nach Information dient und auf keinen Fall gegen die Bürgerinitiative gerichtet ist.

Auf die weitere Frage von Ratsherrn Meffert, ob die Stadt Meerbusch bei dem Treffen am 04.12.2013 anwaltlichen Beistand hatte, erwidert Herr Bechert, dass der städtische Jurist anwesend war.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag der FDP-Fraktion, der Kriterienkatalog von Amprion mit dem Stand 13.11.2013, das Schreiben vom Amprion vom 20.12.2013 mit der Dokumentation über den Kriterien-Workshop u. a. mit der Teilnehmerliste am 04.12.2013 und das Schreiben der Stadt Meerbusch an Amprion vom 30.01.2014 zur Diskussion von Kriterien sind als Anlagen beigefügt.

- 3 Aufhebung der Satzung zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a LWG NRW**
Vorlage: FB5/700/2013

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Satzung zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a Abs. 3 bis 7 LWG NRW vom 20.12.2010 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 4 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke im Stadtgebiet Meerbusch (Entwässerungssatzung) vom 30. November 2006**
Vorlage: FB5/701/2013

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die 2. Änderungssatzung der Stadt Meerbusch zur Satzung über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke im Stadtgebiet Meerbusch (Entwässerungssatzung) vom 30. November 2006 zu beschließen (Anlage).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Unzeitig erläutert die Beschlussvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Er weist insbesondere auf die Beratung der Betroffenen durch die Stadt Meerbusch hin.

- 5 Grundsanie rung der Straße "Ossumer Straße" in Meerbusch-Lank**
Vorlage: FB5/702/2013

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem vom Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis genommenen Ausbau- bzw. Sanierungsvorschlag und zusätzlich mit der Ausbauvariante als Einbahnstraßenregelung eine Bürgeranhörung durchzuführen und die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung im Bau- und Umweltausschuss wieder vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard informiert über die bei den Ausbaumaßnahmen der Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 durchgeführten Bodengutachten und die Tatsache, dass grundsätzlich die anerkannten Regeln der Technik, z. B. die Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012 (RStO 12) oder die Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06), nicht nur im Hinblick auf die zukunftsichere Benutzbarkeit der Verkehrsanlagen, sondern auch

im Hinblick auf die Bauabwicklung (Gewährleistungsprobleme) einzuhalten sind. Die Maßnahmen sind nach bisheriger Prüfung nach KAG NRW bzw. BauGB abzurechnen, was allerdings auch eine regelgerechte Planung und Ausführung voraussetzt.

Herr Unzeitig ergänzt die geplanten Daten der Bürgeranhörungen am 11., 12. und 13. Februar 2014. In der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses sollen die Ergebnisse vorgestellt werden. Er präsentiert Bilder der zu sanierenden Straßen und erläutert hierzu die Vorschriften der RStO 12 und der RAST 06.

Ratsherr Kunze gibt zu bedenken, dass sich der Begegnungsverkehr auf der Ossumer Straße schwierig darstellt und stellt die Möglichkeit einer Einbahnstraßenregelung zur Diskussion.

Die sachkundigen Bürger Brauer und Quaß sprechen die Straßenbepflanzung mit Bäumen an. Laut Herrn Unzeitig soll die bisherige Anzahl der alten Bäume soweit möglich ausgeglichen werden. Der Baumtyp sei noch nicht festgelegt worden; soll jedoch straßenverträglich sein. Der von Ratsherrn Radmacher angesprochen Ginkgo sei hier –zumindest aus Sicht der Anwohner- ungeeignet. Dies treffe ebenso auf die von Ratsfrau Niegeloh angeführte „Spielstraße“ zu, da angesichts der Funktion der Straße im Netz mit Sicherheit nicht die Aufenthaltsfunktion vorrangig ist. Im Hinblick auf die Benutzbarkeit für schwächere Verkehrsteilnehmer ist ein Bordstein als Trennung zwischen Gehweg und Fahrbahn notwendig. Die Aufteilung zwischen Parkflächen und Baumbeeten und die bei evtl. Änderungen daraus resultierende Verlegung der Versorgungsleitungen wird diskutiert.

Ratsherr Denecke befürwortet den sachgerechten Verwaltungsvorschlag. Mehrere Ratsmitglieder verschiedener Fraktionen sprechen sich zusätzlich für einen Alternativvorschlag mit Einbahnstraßenregelung aus, da der Verkehr dann sicherer ablaufe.

Unabhängig davon sollte die Verwaltung bei einzelnen Ausbaumaßnahmen Alternativen vorstellen, falls dies aufgrund der jeweiligen verkehrlichen und planerischen Möglichkeiten machbar ist.

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung in geänderter Fassung mit zusätzlicher Ausbauvariante.

6 Grundsanie rung der Straße "Osterather Straße" in Meerbusch-Strümp Vorlage: FB5/704/2013

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem vom Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis genommenen Ausbau- bzw. Sanierungsvorschlag eine Bürgeranhörung durchzuführen und die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung im Bau- und Umweltausschuss wieder vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Unzeitig erläutert die geplante Verbesserung des bisherigen Zustandes der Straße.

Auf die Frage von Ratsherrn Dr. Brennecke nach der Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächen im Rahmen der Beitragserhebung antwortet Herr Baldus, dass dies zurzeit geprüft werde und hierzu -nach heutigem Stand- in der Bürgeranhörung neben anderen Aspekten Auskunft erteilt werden kann.

Dem Hinweis von Sachkundigem Bürger Banse auf eine andere Aufteilung der Rottfeldstraße begegnet Herr Unzeitig mit der hier vorliegenden einseitigen Bebauung an der Osterather Straße.

**7 Ausbau der Straße "Am Oberbach/Rheindamm" in Meerbusch-Langst-Kierst
Vorlage: FB5/705/2013**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem vom Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis genommenen Ausbauvorschlag eine Bürgeranhörung durchzuführen und die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung im Bau- und Umweltausschuss wieder vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
FDP	2		2
SPD	3		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Gesamt:	12	3	2

Herr Unzeitig präsentiert die Planung im Detail in den verschiedenen Bereichen.

Ratsherr Peters spricht sich für eine reduzierte Planung aus, die in der Bürgeranregung vorgestellt werden sollte. Herr Unzeitig verweist auf die erforderliche Breite für die Teileinrichtungen. Zudem sei hier der landwirtschaftliche Verkehr zu beachten.

Ratsherr Meffert ist von Anliegern angesprochen worden, die ebenfalls Alternativen wünschen.

Ratsherr Radmacher erinnert an die Zurückstellung des Ausbaues wegen dem vorrangigen Deichbau. Er begrüßt die von der Verwaltung vorgestellte Planung.

Für Sachkundigen Bürger Quaß ist es unverständlich, dass der landwirtschaftliche Verkehr Berücksichtigung findet. Herr Unzeitig verweist auf den Status einer öffentlichen Straße, die auch von allen zugelassenen und regelmäßig auftretenden Verkehrsarten sicher benutzbar sein muss.

Ratsherr Schleifer befürchtet aufgrund der geschätzten Kosten hohe Beiträge für die Grundstückseigentümer.

8 Zustimmung zu einer Teilkündigung von Straßenflächen im Bereich Hauptstraße 11- 15
Vorlage: DezIII/726/2014

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der von der Pfarrei Hildegundis von Meer mit Schreiben vom 18.12.2013 beantragten Teilkündigung zu.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Die Ratsherren Radmacher und Kunze erklären sich für befangen und nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Herr Trapp erläutert die Beschlussvorlage.

9 Einführung einer Baumschutzsatzung
Vorlage: DezIII/727/2014

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch die Verabschiedung der Satzung der Stadt Meerbusch über den Schutz von Bäumen im Stadtgebiet in der von der FDP-Fraktion am 29.01.2014 dem Bau- und Umweltausschuss vorgelegten kompletten Fassung (Anlage).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
FDP	4		
SPD	3		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Gesamt:	10	7	0

Vertagungsantrag von Herrn Meffert im Namen der CDU-Fraktion:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Entscheidung für die Einführung einer Baumschutzsatzung in die Sitzung am 09. April 2014 zu vertagen, um u. a. inhaltlich über den Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2014 mit einer überarbeiteten Fassung der Satzung in den Fraktionen beraten zu können.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
FDP		4	
SPD		3	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Gesamt:	7	10	0

Der Antrag auf Vertagung ist damit abgelehnt.

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion als Tischvorlage.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard beschreibt die besondere Art der gewünschten „Anzeigesatzung“ mit der notwendigen fachlichen Kontrolle in jedem Einzelfall. Der von der Verwaltung vorgelegte Satzungsentwurf wurde nach den besten Erkenntnissen juristisch intern begleitet.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Frau Dr. Blaum vom BUND. Zur Vereinfachung schlägt sie vor, dass Gartenbauunternehmen auf Kosten der Grundstückseigentümer die notwendigen Kontrollen durchführen. Den § 8 der Satzung (Baumschutz im Baugenehmigungsverfahren) hält sie für nicht ausreichend.

Ratsherr Meffert beurteilt den Vorschlag der Verwaltung, zusätzlich für die Durchführung der Satzung eine halbe Personalstelle zu schaffen, für angemessen. Ohne Kontrolle der Stadt sei eine Satzung sinnlos. Ebenfalls sei mit gerichtlichen Verfahren zu rechnen, die von Service Recht zu bearbeiten wären. Grundsätzlich lebe die Stadt Meerbusch die Wahrung und Pflege des „Grüns“ vor, dem sich auch viele Bürgerinnen und Bürger auf ihren Privatflächen gerne anschließen.

Ratsherr Denecke untermauert dies mit der Eigenverantwortung der Grundstückseigentümer. Es sollten eher freiwillige Anreize geschaffen werden, die keine Bevormundung beinhalten.

Ratsherr Peters sieht es als wichtig an, ein verändertes Bewusstsein auf den Weg zu bringen. Die Satzung müsse nicht so kompliziert aufgestellt sein.

Sachkundiger Bürger Quaß bezieht sich auf die mehrheitlich positiven Erfahrungen anderer Kommunen mit ihren Baumschutzsatzungen. Er habe nach Vergleichen mit anderen Kommunen den Eindruck, dass die Verwaltung den Aufwand für die Durchführung der Satzung als zu hoch einschätze.

Herr Betsch erläutert die Personalsituation in seinem Fachbereich. Die Stadt Meerbusch habe im öffentlichen Bereich ca. 16.000 zu pflegende Bäume; die Zählung laufe noch. Die Bäume werden durch eine entsprechend ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiterin einmal jährlich nach den bestehenden rechtlichen Vorgaben kontrolliert. Dieser Kontrollaufwand ist bereits jetzt kaum zu bewältigen und wird mit der Einführung des digitalen Baumkatasters weiter steigen. Für eine Überprüfung der zur Fällung angezeigten Bäume sowie der Verpflichtung zur Nachpflanzung bzw. Ausgleichszahlung steht demnach kein ausreichend qualifiziertes Personal zu Verfügung. Die von der Verwaltung vorgeschlagene zusätzliche halbe Personalstelle sei bei Einführung der Satzung unbedingt notwendig. Zudem seien die mit der Anzeigesatzung erforderlichen Beratungsgespräche mit den Baumbesitzern/innen zu berücksichtigen. Die umliegenden Kommunen mit einer Baumschutzsatzung führen hier kostenfreie Beratungen durch.

Ratsherr Schleifer vertritt die Meinung, dass die Stadt die neue Satzung mit dem vorhandenen Personal durchführen kann. Von daher sollte der zweite Halbsatz des Beschlussvorschlages der Verwaltung

gestrichen werden. Die Baumbesitzer/innen hätten zudem keinen Anspruch auf ein Beratungsgespräch durch die Stadt. Dies könne auch von Gartenbaufirmen geleistet werden.

Ratsfrau Niegeloh schließt sich im Namen der SPD-Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion an und erinnert an die wichtige Funktion der Bäume als Sauerstoffspender. Ratsfrau Niegeloh und die Sachkundigen Bürger Brauer und Banse verweisen insbesondere auf § 4 der Satzung mit eigenen Verbesserungsvorschlägen.

Es wird weiter über Vereinfachungsmöglichkeiten der Satzung diskutiert.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard stellt fest, dass bei einer bestehenden Satzung deren Vorgaben durch die Verwaltung zu prüfen und nach objektiven Fakten zu werten sind. Dieses Verfahren lasse sich nicht vereinfachen. Auch müssten die Änderungen in der Fassung der FDP-Fraktion zunächst juristisch überprüft werden.

Für Ratsherrn Radmacher hat die ausführliche Diskussion gezeigt, dass heute noch kein Beschluss über die Satzung möglich ist.

Auf Vorschlag von Sachkundigem Bürger Quaß unterbricht der Vorsitzende die Sitzung von 20.30 Uhr bis 20.40 Uhr, damit sich die Ausschussmitglieder intern beraten können.

Anschließend stellt Ratsherr Schleifer den Antrag, über den FDP-Antrag mit seiner geänderten Satzungsfassung (rote Ergänzungen) beschließen zu lassen. Dem Vorschlag der Verwaltung auf weitere personelle und sachliche Mittel sei nicht zu folgen.

Technischem Beigeordneten Dr. Gérard ist aufgefallen, dass z. B. auf Seite 3 der FDP-Satzung unter § 4 eine Ergänzung nicht in Rot eingefügt wurde.

Ratsherr Meffert beantragt wegen der Unklarheiten Vertagung des Beschlusses in die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 09. April 2014, um u. a. inhaltlich über den Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2014 mit einer überarbeiteten Fassung der Satzung in den Fraktionen beraten zu können. Diesem Antrag wird nicht entsprochen.

Abschließend erfolgt mehrheitlich der Beschluss über die Satzung in der von der FDP-Fraktion vorgelegten kompletten Fassung.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2014 sowie die Satzung sind beigelegt.

10 Lärmaktionsplanung **Vorlage: FB1/720/2014**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, eine Entscheidung über die Empfehlung des Lärmaktionsplanes der Stadt Meerbusch an den Rat zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		1
FDP	4		
SPD	3		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Gesamt:	16	0	1

Herr Bechert erläutert die Beschlussvorlage.

Ratsfrau Niegeloh beantragt Vertagung, weil sich in ihrer Fraktion neuer Beratungsbedarf ergeben habe. Sie kritisiert unter anderem, dass sich der Planungsausschuss noch nicht abschließend mit dem Thema befasst habe und dass die Informationen für die Öffentlichkeit im Internet zu schwer zu finden seien.

Herr Bechert verweist auf die vorangegangenen Beratungen sowohl im Ausschuss für Planung und Liegenschaften als auch im Bau- und Umweltausschuss.

In beiden Ausschüssen sei durch die Verwaltung ausführlich erläutert worden, auf welcher Grundlage und mit welchen Ergebnissen die Lärmkartierung erfolgt ist. Er habe bereits deutlich gemacht, dass der Lärmaktionsplan kein städtisches Instrument für Entlastungen sein kann, weil die Zuständigkeiten für weitere Maßnahmen nicht bei der Stadt Meerbusch liegen. Hier ist vielmehr eine Einflussnahme auf politischer Ebene nötig.

Was die Information der Öffentlichkeit betrifft, sind alle Informationen im Internet nach seiner Einschätzung sehr leicht im Register A-Z unter dem Stichwort „Lärmaktionsplanung“ zu finden.

Die Sachkundigen Bürger Weyen und Banse erläutern das Thema und unterstützen eine weitere Beratung.

Anschließend wird über den Vertagungsantrag von Frau Niegeloh entschieden.

**11 Realschule; Einbau eines Blockheizkraftwerkes
Vorlage: SIM/713/2014**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt, vorbehaltlich einer Zustimmung durch den Ausschuss für Schule und Sport, der geplanten Erneuerung der Wärmeerzeuger einschl. Einbau eines Blockheizkraftwerkes in der Realschule zu.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Herr Klein nimmt Bezug auf die heutige Besichtigung unter TOP 1, erläutert die Beschlussvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Er weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag aufgrund der Zuständigkeitsordnung des Rates und seiner Ausschüsse noch hinsichtlich einer abschließenden Beteiligung durch den Ausschuss für Schule und Sport zu ergänzen sei.

12 Anträge

12.1 Antrag des Rats Herrn Müller (Zentrum) vom 17.12.2013 auf Überprüfung der Verwertung von Altkleidern und Erarbeitung eines Konzeptes

Frau Frey erklärt, dass für die Verwertung der gesamten Abfälle der Rhein-Kreis Neuss, für die Sammlung und für den Transport die kreisangehörigen Kommunen zuständig sind. Bereits 1990 hatte der Fachausschuss beschlossen, zwei gemeinnützigen Organisationen die Gewinne aus der Altkleidersammlung zu überlassen. Der Rhein-Kreis Neuss stimmte damals der Unterstützung der gemeinnützigen Organisationen zu und verzichtete auf eine Anlieferung der Altkleider an seine Verwertungsanlagen.

Sollte die Stadt Meerbusch die Einnahmen aus der Altkleiderverwertung selbst erzielen wollen, wäre dies mit dem Rhein-Kreis Neuss abzustimmen. Dann wäre eine Vorgehensweise wie bei der Altpapierverwertung denkbar.

Zurzeit werden die 240 t Altkleider in Altkleidercontainern vom Deutschen Roten Kreuz und vom Malteserhilfsdienst an mit der Stadt besprochenen Standorten gesammelt. Die gesammelten Altkleider dienen zur Befüllung der Altkleiderkammern. Hier werden Bedürftige im Kreisgebiet mit gut erhaltener und tragbarer Kleidung kostengünstig versorgt. Überschüssige und nicht direkt wieder verwertbare Stücke werden der Verwertung zugeführt. Vermarktungserlöse fließen in karitative Aufgaben und lokale Projekte ein.

Die geschilderte Verfahrensweise ist auch Bestandteil des Abfallkonzeptes 2009-2016 der Stadt Meerbusch. Im Zuge der nächsten Ausschreibung der Abfallentsorgung könnte das Thema Altkleidersammlung neu überdacht werden. In diesem Fall wäre anschließend eine Verständigung mit dem Rhein-Kreis Neuss erforderlich.

Beratendes Mitglied Hauke erklärt den Antrag des Rats Herrn Müller aufgrund der Ausführungen für erledigt.

12.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 06.01.2014 zur Elektromobilität in Meerbusch

Rats Herr Schleifer stellt fest, dass die SPD-Fraktion bereits im Jahre 2010 einen ähnlichen Antrag gestellt habe. Der heutige Antrag der FDP-Fraktion sei in Unkenntnis dessen gestellt worden.

Für Rats Herr Peters ist es wichtig, das Konzept nicht nur auf Elektroautos, sondern auch auf Elektrofahräder zu beziehen. Die Gedanken sollten sinnvollerweise im Klimagesamtkonzept entsprechend berücksichtigt werden.

Ratsfrau Niegeloh bestätigt den früheren Antrag der SPD-Fraktion und bittet, den heutigen Antrag als gemeinsamen Antrag beider Fraktionen zu behandeln.

Herr Bechert berichtet, dass bereits entsprechende Projekte laufen. In Büderich wird z. B. auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz im Bereich der derzeitigen Taxenstellplätze kurzfristig eine Ladestation für Autos durch die WBM geschaffen. Es laufen Gespräche mit Gastronomen, die an Ladestationen für Fahrräder interessiert sind. Das Thema werde insgesamt seitens der Verwaltung vorgebracht.

Ratsherr Meffert informiert über Möglichkeiten, an Masten der Straßenbeleuchtung Ladegeräte anzubringen. Auch könnte die Wirtschaftsförderin mit dem Einzelhandel kommunizieren.

Ratsherr Denecke ergänzt, dass in Osterath eine Lademöglichkeit bei einer Firma bestehe.

Aufgrund der Ausführungen der Verwaltung wird der Antrag einvernehmlich als erledigt angesehen.

13 Anfragen

13.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2014 zum Parkplatz am Modellflugplatz

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard verweist auf den Ausschuss für Schule und Sport am 26.11.2013. Der Pachtvertrag mit dem Modellflugverein musste an die geänderte Lage des Modellflugplatzes angepasst werden. Durch die Deichsanierung seien die alten Stellplätze entfallen. Die Kosten für den neuen Parkplatz und den Modellflugplatz wurden über die Deichsanierung und durch die Neue Deichschau Heerdt getragen.

Sachkundiger Bürger Quaß bittet die Verwaltung um Nachfrage beim Modellflugverein, ob die dem Verein zugehörigen Stellplätze bei veranstaltungsfreien Tagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Er bemängelt, dass die Schranke wochentags bzw. in Zeiten, in denen keine Veranstaltungen stattfinden geschlossen sei und so die Parkplätze nicht der öffentlichen Nutzung zur Verfügung ständen.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard nimmt die Anregung auf, verweist jedoch auf vertragliche Vereinbarung und den Planfeststellungsbeschluss, die dies a priori nicht zulassen. Er werde aber mit dem Verein ein Gespräch führen.

Anmerkung der Schriftführerin:

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard teilt folgendes mit:

Am 05.02.2014 führte er mit dem 1. Vorsitzenden des Modellflugsportvereins, Herrn Braeker, in dieser Sache ein Telefongespräch.

Herr Braeker stellte fest, dass im Rahmen eines Beweissicherungsverfahrens im Vorfeld der Planfeststellung der Sachverhalt gesichert wurde und der Verein vor der Umbaumaßnahme über mehr als 100 Stellplätze verfügte. Nach der Verlegung des Luftsportvereins wurde in Abstimmung mit dem Vorstand des Vereins die Stellplatzzahl auf rund 28 Stellplätze reduziert. Insgesamt verlor der Luftsportverein über 50 % der Vereinsfläche gegenüber dem Altbestand.

Herr Braeker sieht es als sehr problematisch an, die Parkplätze, die zum Vereinsgelände gehören, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da die Verkehrssicherungspflicht, der Unterhalt sowie die Pflegearbeiten von den ehrenamtlichen Vereinsmitgliedern zu tragen sind.

Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2014 ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

13.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.01.2014 zum Artikel in der RP vom 23.01.2014, "Fehlende Zuschüsse: K 9 n vor dem Aus"

Aufgrund des zitierten Artikels vermutet Ratsfrau Niegeloh, dass nicht alle Informationen vorliegen.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard stellt fest, dass es sich um eine Kreisstraße handelt, die auch von der Mehrzahl der Meerbuscher Politiker befürwortet wird. Der Bau der K9n sei seit ca. 35 Jahren im Gespräch (siehe auch den Flächennutzungsplan der Stadt Meerbusch von 1979). Der für die Planungssicherheit notwendige Bebauungsplan ist rechtskräftig. Die Stadt Meerbusch muss dem Kreis weiterhin die erforderlichen Flächen für den Ausbau zur Verfügung stellen. Ende Mai diesen Jahres gehen die erforderlichen Unterlagen für die Zuschussbeantragung an den Rhein-Kreis Neuss, der den entsprechenden Antrag fertig stellt und an die Bezirksregierung weiterleitet. Grundsätzlich ist aus langjähriger Erfahrung mit dem Zuschusswesen zu sagen, dass es immer mit einer Portion Hoffnung verbunden war, die letztlich dennoch stets zum Erfolg geführt hat. Hinzuweisen sei zum Beispiel auf die Förderung der Radwege an der gesamten Meerbuscher Rheinfront. Die vom Sprecher der Bezirksregierung getätigte Aussage kann nicht das letzte Wort sein. Es kann nicht sein, dass sich das Land NRW bei diesen langjährig vorbereiteten Projekten plötzlich zurückzieht und keine Zuschüsse mehr zur Verfügung stellt. Im Übrigen sind viele nordrhein-westfälische Städte von der Problematik betroffen, insofern wäre es auch hilfreich, wenn die Ratsfraktionen ihre Einflussmöglichkeiten auf Landesebene ausnutzen würden.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Anfrage vom 23.01.2014 ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die der Einladung beigelegte Beschlusskontrolle wird vom Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis genommen.

14.1 Bürgeranregung gem. § 24 GO; Anwohnerschutz vor Lärm- und Abgasbelastung K 9 (Bergfeld)

Herr Trapp erinnert an die am 18.09.2013 im Bau- und Umweltausschuss beratene Bürgeranregung zum Anwohnerschutz an der K 9. Die Verwaltung habe die Angelegenheit an den Rhein-Kreis Neuss zur Überprüfung weitergeleitet. Am 15.10.2013 hat der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss des Kreistages darüber beraten.

Die Kreisverwaltung hat in diesem Zusammenhang ausgeführt, dass „die vermeintliche Notwendigkeit der beantragten Maßnahme bis auf Weiteres objektiv nicht belegt sei“. Eine Beschlussfassung wurde bis zur Vorlage der Zählergebnisse der 2015 anstehenden Verkehrszählung vertagt.

Herr Bechert ergänzt, dass sich die Anliegerin nach einem Gespräch zufrieden zeigte. Der Petentin soll das Protokoll der Sitzung des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses des Kreistages zur Verfügung gestellt werden.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Petentin hat das Protokoll der Sitzung des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses des Kreistages inzwischen erhalten.

14.2 LKW-Kontrollen auf der Uerdinger Straße in Meerbusch-Lank-Latum

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard berichtet über Kontrollen der Kreispolizeibehörde auf der Uerdinger-Straße. Auch in 2014 sollen Stichproben durchgeführt werden. Die Städte Hagen und Dortmund hätten ein LKW-Kontrollsystem mittels einer speziellen Kamera eingeführt, die Lkws über 7,5 Tonnen anzeigt. Die Baukosten für diese LKW-Überwachungsanlage belaufen sich auf ca. bis zu 90.000 €.

Auf die Nachfrage von Ratsherrn Meffert trägt Technischer Beigeordneter Dr. Gérard weiter vor, dass bei Zuwiderhandlung des LKW-Fahrers 20 € Strafe zu zahlen sind, die jedoch vom Kreis erhoben werden.

Ratsfrau Niegeloh erinnert an den Beschluss, die Beschilderung auf der Uerdinger Straße entsprechend zu ändern. Herr Trapp kann anhand von Fotos die inzwischen geänderte Beschilderung darstellen.

Anmerkung der Schriftführerin: Dem nichtöffentlichen Teil der Niederschrift sind eine Mail des Wirtschaftsbetriebes Hagen vom 31.01.2014 mit weiteren Daten und eine Information aus der Stadt Hagen zu dem Kamerasystem beigefügt.

14.3 Verlängerung der Böhlerstraße in Meerbusch-Büderich

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard berichtet über Gespräche mit Vertretern der Stadt Düsseldorf zur Abstimmung der erforderlichen Verwaltungsvereinbarung. Leider liegen bis jetzt nur grundsätzliche Absichtserklärungen, jedoch keine konkreten Termine oder Daten seitens der Stadt Düsseldorf vor.

15 Termin der nächsten Sitzung: 09. April 2014

Gemäß Langzeitplan findet die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Mittwoch, den 09. April 2014 statt.

16 Verschiedenes

16.1 Schwerlastverkehr auf der Rottfeldstraße in Meerbusch-Strümp

Sachkundiger Bürger Banse informiert über Beschwerden zum Schwerlastverkehr auf der Rottfeldstraße, der Blumenbetriebe beliefere und Beschädigungen an der Straße verursache.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard wird dies überprüfen und in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

16.2 Photovoltaikanlage der Brüder Grimm-Grundschule in Meerbusch-Büderich

Auf die Bitte von Ratsherrn Dr. Brennecke berichtet Herr Klein, dass die Stadt im Zuge der Umsetzung des integrativen Klimaschutzkonzeptes die Photovoltaikanlage aufgebaut habe. In 2014 wird derzeit eine weitere Anlage auf dem Dach einer Schule geplant. Der in der Anlage erzeugte Strom wird möglichst vollständig im jeweiligen Gebäude verbraucht und nur im geringen Umfang ins öffentliche Netz eingespeist. Ziel sei es, den CO₂ - Ausstoß weiter zu verringern.

Weitere Daten werden der Niederschrift beigelegt.

Anmerkung der Schriftführerin:

Leistungsdaten zur Photovoltaikanlage der Brüder Grimm-Schule:

Anzahl der Module: 108 Stück

genutzte Dachfläche m²: ca. 170 m²

Leistung der Module: 23,76 KWp (220 Wp / Modul)

erwarteter Jahresertrag: ca. 25.000 KWh

16.3 Verkehrliche Situation auf der Lötterfelder Straße in Meerbusch-Büderich

Ratsherr Meffert macht auf das hohe Verkehrsaufkommen und die uneinsichtige Kurve auf der Lötterfelder Straße Richtung Schule aufmerksam.

Diese Situation ist laut Herrn Trapp seit Jahrzehnten bekannt. Es handelt sich um einen Wirtschaftsweg im landwirtschaftlichen Bereich, der jedoch keine außergewöhnliche Gefahrenlage aufweist. Es wurden Gespräche mit den Anliegern wegen Grunderwerb geführt, um die Kurve entschärfen zu können, die allerdings noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnten.

16.4 Falsches Verkehrszeichen auf der Badendonker Straße zwischen Büderich und Kaarst

Ratsherrn Grund ist ein Verkehrszeichen „tatsächliche Breite 2 m“ auf der Badendonker Straße zwischen Büberich und Kaarst, Fahrtrichtung Büberich, aufgefallen.

Herr Trapp teilt mit, dass sich dieses Schild auf Kaarster Stadtgebiet befindet. Er wird die Stadtverwaltung Kaarst darüber informieren, dass im weiteren Verlauf der Straße die „tatsächliche Breite 2.1 m“ seitens der Stadt Meerbusch angeordnet wird.

Meerbusch, den 20. Februar 2014

Thomas Gabernig
Ausschussvorsitzender

Gabriele Parschau
Schriftführer/in